

Yu-Hsi Nieh

Taiwan: Rückblick auf das Jahr der Schlange (1989)

1. Innenpolitik

Politisch gesehen befand sich die Republik China auf Taiwan im vergangenen Jahr noch immer in einer Übergangsphase zwischen der traditionellen chinesisch-patriarchalischen Herrschaftsstruktur und einer neuen demokratischen Regierungsform westlicher Prägung. Im Vergleich zu 1988, dem Jahr des Drachens, traten Veränderungen im Jahr der Schlange zwar nicht schlagartig ein; der Kurs zur Liberalisierung und Demokratisierung ist inzwischen ziemlich fest verwurzelt, jedoch waren und sind weiterhin dornen- und kurvenreiche Strecken zu überwinden.

In der Regierung und der Regierungspartei haben sich die Reformkräfte im Laufe des Jahres verstärken können. Ende Mai löste Li Huan (Lee Huan, 73) Yu Guohua (Yu Kuo-hwa, 76) als Ministerpräsident (Präsident des Exekutiv Yuan) ab. Yu zählt zu den konservativen Politikern, die einen drastischen Kurswechsel in der Politik nach dem Tode des letzten Staatspräsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) im Januar 1988 nicht unterstützen, sondern bremsen wollen. Es besteht zwar kein großer Altersunterschied zu seinem Vorgänger, aber Li gilt bereits seit Mitte der 70er Jahre als Pionier der politischen Erneuerung mit den Akzenten Liberalisierung und "Taiwanisierung" (d.h. Förderung einheimischer Politiker der jüngeren Generation).

Das von Li bis zu seiner Ernennung zum Regierungschef bekleidete Amt des Generalsekretärs der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD) wurde von Song Chuyu (James C.Y. Soong, 47) übernommen, der zuvor stellvertretender

Generalsekretär der Partei war. Li Huan und Song Chuyu, beide stammen aus dem chinesischen Festland, haben 1988 nach dem Tode Jiang Jingguos den einheimischen Politiker Li Denghui (Lee Teng-hui, 67) unterstützt und ihn darin bestärkt, neben dem Präsidialamt auch das Amt des Parteivorsitzenden der GMD zu übernehmen.

Eine weitere bedeutende Personalveränderung war die Versetzung des Generals Hao Bocun (Hao Pei-tsun, 71) vom Generalstabschef zum Verteidigungsminister. Offiziell hat Hao damit eine höhere Position, in der Praxis aber ist der Generalstabschef mächtiger als der Minister, da dieser als Mitglied des Exekutiv Yuan nur für die militärische Verwaltung zuständig ist, während der Generalstabschef unmittelbar dem Präsidenten unterstehend das Kommando über die Streitkräfte hat. General Hao hatte das Amt des Generalstabschefs ununterbrochen seit 1981 inne, obwohl traditionell hierfür ein Turnus von zwei bis vier Jahren vorgesehen ist. Infolgedessen galt und gilt Hao als "starker Mann" auf Taiwan. Da er seiner politischen Einstellung nach aber eher zu den konservativen Kräften zu zählen ist, wurde seine Amtsversetzung als ein weiterer Punktessieg für das Reformlager gewertet.

Der konservative Flügel hat zwar in der Regierung und in der Regierungspartei an Terrain verloren, behält aber weiterhin im Staatsparlament die Oberhand. Die meisten Mitglieder der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs Yuan und des Kontroll Yuan wurden schon 1947/48 gewählt, als die GMD-Regierung das chinesische Festland beherrschte. Die in Taiwan erst seit Mitte der 70er Jahre regelmäßig gewählten zusätzlichen neuen Abgeordneten sind zahlenmäßig immer

noch den "alten" unterlegen. Die Nationalversammlung hat die Macht, den Staatspräsidenten zu wählen und die Verfassung zu ändern, und der Gesetzgebungs Yuan ist zuständig für Gesetzesverabschiedungen. Daher können politische Reformen nicht an ihnen vorbei durchgeführt werden. Eine der ersten Aufgaben der Reformer wird deshalb die Erneuerung der noch vor 40 Jahren zum ersten und gleichzeitig letzten Mal gewählten drei Parlamentsorgane sein müssen. Im Hinblick auf den Anspruch auf die legitime Regierung für Gesamtchina und aus Angst vor Machtverlust durch Neuwahlen aller Abgeordneten, weigert sich aber auch die überwiegende Mehrheit der Reformanhänger in der Regierungspartei, das überalterte Parlament zwecks Erneuerung aufzulösen.

Im Januar 1989 wurden drei wichtige Gesetze zur politischen Reform verabschiedet: (1) ein Gesetz für die Zulassung neuer Parteien, (2) ein Gesetz zur Reduzierung der Einschränkungen von Aktivitäten im Wahlkampf und (3) ein Gesetz zur Förderung des freiwilligen Rücktritts greiser Parlamentarier durch Abfindungsprämien in Höhe von 3,7 Mio. NT\$ (z.Zt. umgerechnet über 142.000 US\$). Besonders über das letzte Gesetz hat es zwischen der Regierungspartei GMD und der Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD) leidenschaftliche Auseinandersetzungen gegeben. Die GMD hatte beabsichtigt, durch massive Rücktritte von greisen Abgeordneten aufgrund des großen finanziellen Anreizes einerseits die drei nationalen Parlamentsorgane zu verjüngen und andererseits ihre symbolische Repräsentanz für Gesamtchina nicht antasten zu lassen. Dagegen verlangt die MJD den sofortigen bzw. kurzfristigen Rücktritt aller vor 40 Jahren gewählten Abgeordneten ohne Bedingungen und allgemeine Wahlen zur Erneuerung des Parlaments. Es kam zu großen Turbulenzen mit Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten zwischen beiden Seiten. Schließlich ließ der Präsident des Gesetzgebungs Yuan, Liu Guocai (GMD), das Gesetz unter Polizeieinsatz und nach nur einer Lesung verabschieden.

Der politische Höhepunkt des Jahres waren die Wahlen vom 2. Dezember. Es galt, 101 zusätzliche Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan, 171 Mitglieder der drei Parlamente auf Provinzebene

und 21 Kreisleiter bzw. Bürgermeister der kreisfreien Städte zu wählen. Dieses sind die wichtigsten Posten, die bislang durch Direktwahl vom Volk entschieden werden können. Noch dazu waren es die ersten Wahlen nach der Aufhebung des 38 Jahre lang andauernden Ausnahmezustands im Sommer 1987 sowie nach der offiziellen Zulassung von neuen politischen Parteien Anfang 1989. Insgesamt kämpften 722 Kandidaten von 17 Parteien sowie Parteilose um die 293 Sitze bzw. Ämter. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 76%, also weit höher als die bei den Wahlen der zusätzlichen Mitglieder zur Nationalversammlung und des Gesetzgebungs Yuan drei Jahre zuvor mit 65,4%.

Alles zusammengerechnet hat die GMD 59% der abgegebenen Stimmen und rd. 70% oder 205 der 293 Sitze bzw. Ämter gewonnen. Dies war ein schwerer Rückschlag für die Regierungspartei, weil sie bei allen Wahlen in der Vergangenheit durchschnittlich immer über 70% der Stimmen und über 76% der Sitze bzw. Ämter hatte erlangen können. Für die Opposition ist nun diese Schallmauer durchbrochen. Im einzelnen hat die GMD bei den Wahlen der zusätzlichen Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan 60,1% der Stimmen auf sich vereinigen können, weit hinter ihrem Erfolg von 69,87% bei den gleichen Wahlen im Dezember 1986. Dagegen ist der Stimmenanteil der größten Oppositionspartei MJD im Vergleich von 22,17% auf 28,2% gestiegen. Von den 101 gewählten zusätzlichen Sitzen entfielen 72 auf die GMD, 21 auf die MJD sowie 8 auf Parteilose. Die MJD hat zwar trotz des neuen Sieges nur einen Anteil von 7,2% an den Gesamtsitzen im wichtigsten staatlichen Parlamentsorgan, aber sie ist damit schon in der Lage, Gesetzesvorlagen einzubringen.

Auf Provinzebene sind die Stimmen- und Sitzverluste der Regierungspartei noch deutlicher. Bei den Wahlen zum Provinzparlament Taiwan hatte die GMD einen Stimmenanteil von 62,1% - nach 71,16% bei den gleichen Wahlen vor vier Jahren. Ihre Stimmenanteile bei den Wahlen zu den Parlamenten der beiden provinzfürigen Sonderstädte Taipei (Taibei) und Kaohsiung (Gaoxiong) sind ebenfalls von 72,38% bzw. 73,88% vor vier Jahren auf 69,2%

bzw. 62,6% gefallen. Jetzt hat sie im Parlament der Provinz Taiwan 55 Sitze statt bisher 59, in dem der Stadt Taipei 36 statt 38 und dem der Stadt Kaohsiung 29 statt bisher 32.

Bei den Wahlen im Dezember 1985 konnten die aktiven Regierungsgegner noch keine eigene Partei sondern nur eine solidarische Vereinigung "Houyuanhui" (Gesellschaft zur Wahlunterstützung für parteilose Kandidaten) gründen. Damals hatten die von dieser Organisation unterstützten Kandidaten in den Wahlen zum Provinzparlament Taiwan 15,38% der Stimmen erhalten, zu den Parlamenten der Sonderstädte Taipei und Kaohsiung 21,35% bzw. 7,63%. Bei den letzten Wahlen betrug der entsprechende Stimmenanteil aller MJD-Kandidaten jeweils 25,6%, 23,4% bzw. 21%. In den drei neuen Parlamenten der Provinz Taiwan, der Sonderstädte Taipei und Kaohsiung hat die größte Oppositionspartei nun jeweils 16, 14 und 8 Sitze. Außerdem gehört ein Abgeordneter im Stadtparlament Kaohsiung zu der oppositionellen Splitterpartei Gongdang (Arbeiterpartei).

Den schwersten Rückschlag erlebte die GMD in den Wahlen der Verwaltungsleiter auf Kreisebene. Hier ist ihr Stimmenanteil von 65,37% bei den Wahlen 1985 auf 52,67% gefallen. Dagegen ist der Stimmenanteil aller Oppositionellen von 34,64% vor vier Jahren auf 47,33% gestiegen, wovon 38,3% auf die neue Oppositionspartei MJD entfielen. Dazu ist noch zu bemerken, daß in einigen Kreisen kein oppositioneller Kandidat für die Verwaltungsleiterwahlen zur Verfügung stand. Besonders bitter für die Regierungspartei war die Wahlniederlage im Kreis Taipei, der nicht nur das Umfeld der Hauptstadt Taipei bildet, sondern auch die Heimat des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der GMD, Li Denghui, ist. Hier hat der MJD-Politiker You Qing (You Ching), ein in Heidelberg promovierter Jurist, gegen den GMD-Kandidaten Li Xikun (Lee Hsikun) gewonnen, allerdings sehr knapp mit nur 4.085 Stimmen mehr. Neben Taipei hat die MJD noch in den Kreisen von Yilan (Ilan), Xinzhu (Hsinchu), Zhanghua (Changhua), Gaoxiong (Kaohsiung) und Pingdong (Pingtung) Wahlsiege errungen. Einschließlich der parteilosen Bürgermei-

sterin der Stadt Jiayi (Chiayi), Zhang Wenying (Chang Wen-ying), werden jetzt insgesamt 7 der 21 Kreise bzw. kreisfreien Städte von Oppositionellen verwaltet, während die GMD ihre Position in den anderen 14 Kreisen bzw. kreisfreien Städten aufrechterhielt.

Die drastischen Verluste bei der Regierungspartei und der beachtliche Gewinn der Opposition bei den jüngsten Wahlen dürften u.a. auf eine Unzufriedenheit der Wähler mit dem langsamen Tempo der politischen Reformen zurückzuführen sein. Sowohl die Kandidaten der radikalen Reformgruppe der Regierungspartei mit der Bezeichnung "Allianz für eine neue GMD" als auch die der radikalen Oppositionsgruppe der MJD unter dem Namen "Allianz für einen neuen Staat" haben in den Wahlen überraschend gut abgeschnitten. Denn bislang haben nur wenige greise Mitglieder der drei staatlichen Parlamentsorgane die Politik der GMD-Regierung des freiwilligen Rücktritts befolgt. So ist die Mehrheit im Gesetzgebungs Yuan trotz des Wahlerfolgs der Reformkräfte auf der konservativen Seite verblieben.

Im Laufe des vergangenen Jahres konnten zahlreiche im Exil lebenden Anhänger der Bewegung für die Unabhängigkeit Taiwans, d.h. Verzicht auf die chinesische Wiedervereinigung, auf legalem oder illegalem Weg heimkehren. Ferner wurden während des Wahlkampfes im November zum erstenmal öffentliche Parolen von radikalen oppositionellen Kandidaten für die Unabhängigkeit Taiwans als ein neuer Staat geduldet. Kurz nach den Wahlen, am 23. Dezember, hat das Obergericht Taiwans jedoch den bekannten Dissidenten Xu Xinliang (48) unter der Anschuldigung der Rebellion wegen seiner Tätigkeit als Leiter der oppositionellen Zeitung *Meilidao* ("Schöne Insel") 1979 sowie seiner späteren Aktivitäten im Ausland für die Unabhängigkeit Taiwans zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt. Er war nach 10 Jahren im Exil am 27. September 1989 bei seinem letzten Versuch von illegaler Einreise an Bord eines Schmugglerschiffes festgenommen worden. Hier ließ sich der Zickzackkurs der Regierung bezüglich ihrer Reformpolitik während des Jahres der Schlange besonders gut erkennen.

2. Außen- und Chinapolitik

Im November 1988 hatte Taipei unter dem neuen Leitgedanken "flexibler Diplomatie" (Tanxing wajiao) bereits den Alleinvertretungsanspruch für Gesamtchina aufgegeben, obwohl es weiterhin an der Einheit Chinas festhält. Am 8. April 1989 definierte Außenminister Lian Zhan (Lien Chan) die "flexible Diplomatie" als eine Politik "eines (chinesischen) Staates zweier gleichberechtigter Regierungen" im Gegensatz zu Beijings "ein Staat, zwei verschiedene Gesellschaftssysteme" (Taipei wird hierbei als ein lokale Regierung betrachtet). Ziel der neuen Außenpolitik Taiwans ist, seine Isolation in der internationalen Gesellschaft zu durchbrechen.

Vom 6. bis 9. März stattete Präsident Li Denghui einen Besuch in Singapur ab. Dies war nicht nur seine erste Auslandsreise seit seinem Amtsantritt Anfang 1988, sondern auch die zweite offizielle Auslandsreise überhaupt eines Präsidenten der Republik China mit Regierungssitz in Taiwan seit 1949. Der Besuch fand auch deswegen besondere Beachtung, weil der Stadtstaat Singapur mit einer Bevölkerung von überwiegend ethnischen Chinesen bislang weder zu Beijing noch zu Taipei diplomatische Beziehungen unterhält. Aber Ministerpräsident Lee Kuan Yew (Li Guangyao) bekräftigte öffentlich noch während des Aufenthaltes seines hohen Gastes aus Taiwan die seit den 70er Jahren von seiner Regierung wiederholt erklärte Bereitschaft, Beijing anzuerkennen, sobald Indonesien wieder diplomatische Beziehungen zur VR China aufnimmt. Obwohl der Empfang sehr warmherzig war, vermied man protokollarisch jedoch alles, Li Denghui wie ein Staatsoberhaupt behandeln zu müssen. In den sinpapurischen Medien wurde er als "Präsident aus Taiwan" statt als Präsident der Republik China bezeichnet. Dazu meinte Li Denghui, seine Regierung lege gegenwärtig mehr Wert auf die substantiellen Beziehungen zu einem Land als auf Bezeichnungen. Er betonte, er werde weiterhin Einladungen von jedem Land annehmen, auch wenn es diplomatische Beziehungen zu den chinesischen Kommunisten unterhalte.

Die "flexible Diplomatie" kam zum erstenmal zum Tragen, als der karibische Inselstaat Grenada trotz seiner diplo-

matischen Beziehungen zur VR China am 20. Juli 1989 die Republik China auf Taiwan anerkannte und volle diplomatische Beziehungen aufnahm. Daraufhin brach am 7. August die VR China ihre diplomatischen Beziehungen zu Grenada ab, nachdem man dort trotz der scharfen Proteste aus Beijing die "Zwei-China-Politik" nicht hatte rückgängig machen wollen. Nach Grenada beschlossen im Oktober 1989 auch der westafrikanische Staat Liberia und der mittelamerikanische Staat Belize, beide chinesische Regierungen anzuerkennen. Beijing sah sich gezwungen, die diplomatischen Beziehungen zu diesen beiden Staaten ebenfalls abzubauen, nachdem seine Proteste gegen die "Zwei-China-Politik" wieder erfolglos blieben.

Als Gegenleistung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde den obengenannten drei Staaten großzügige wirtschaftliche Hilfe von der Regierung in Taipei zugesagt. Aus seinen riesigen Devisenreserven (s.u.) hat Taiwan im Oktober 1988 einen Fonds für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet, der zur Zeit einen Wert von rund 1,2 Mrd. US\$ hat. Mit diesen Mitteln erwartet man in Taiwan, noch einige andere kleine Entwicklungsländer im Pazifikraum, Lateinamerika und Afrika zur Anerkennung der Republik China gewinnen zu können. Gegenwärtig unterhält Taiwan zu 26 Staaten volle diplomatische Beziehungen. Unter dem Motto der "flexiblen Diplomatie" hat die Regierung im Laufe des Berichtsjahres ferner den Handel, Reiseverkehr und die Nachrichtenverbindungen mit den Ostblockstaaten - von der Sowjetunion, Albanien und Nordkorea abgesehen - weitgehend liberalisiert.

Mit dem chinesischen Festland, einschließlich der Mongolei, die die GMD-Regierung immer noch als einen Bestandteil der Republik China betrachtet, verbietet Taiwan offiziell nach wie vor jeglichen direkten Kontakt. Allerdings ist die Definition des direkten und indirekten Kontakts nicht mehr so streng wie früher; auch hier läßt sich eine "flexible" Politik erkennen. So nahm z.B. eine Regierungsdelegation mit dem Namen "Taipei, China" unter der Leitung der Finanzministerin Guo Wanrong (Shirley W.Y.

Kuo) Anfang Mai 1989 an der 22. Jahrestagung der Asian Development Bank (ADB) in Beijing teil. Dies wurde von Taipei offiziell nicht als ein direkter Kontakt mit dem kommunistischen chinesischen Regime angesehen. Beim indirekten Handel mit dem Festland braucht man nicht unbedingt mehr die Waren in einem Drittland umzuschlagen. Es reicht, wenn das betroffene Schiff dort vor Anker ging. Ferner wurden die Einschränkungen für Reisen nach bzw. aus dem Festland weiter abgebaut.

Andererseits wurde von der Regierung Ende 1989 der Besuch einer Delegation von taiwanesischen Unternehmern auf dem chinesischen Festland scharf verurteilt. Die GMD setzte die Parteimitgliedschaft eines Mitglieds des Zentralen Exekutivkomitees der GMD, Zhang Pingzhao (Chang Pentsao), für ein Jahr aus, weil eine andere taiwanische Unternehmerdelegation unter seiner Leitung am 16. Dezember 1989 in Hongkong mit einer Delegation vom chinesischen Festland eine Vereinbarung über die Koordination des Handels zwischen beiden Seiten unterzeichnet hatte. Zhang ist Vorsitzender der Handelskammer von Taiwan und Mitglied des Gesetzgebungsyuan. Offenbar hielt die Führung in Taiwan solche Kontakte für "zu direkt".

Angesichts der oben erwähnten außenpolitischen Erfolge Taiwans verstärkte Beijing 1989 seine Angriffe gegen die "flexible Diplomatie" der GMD-Regierung, obgleich es selbst trotz der bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen Taipei und Riad Ende September 1989 offizielle Handelsbeziehungen zu Saudi-Arabien aufnahm. Ferner warf Beijing Taiwan einerseits vor, die Unruhen vom 4. Juni in China geschürt zu haben, versuchte aber andererseits, mit scharfer Propaganda gegen die Bewegung für die Unabhängigkeit Taiwans die Wahlen vom Dezember 1989 auf der Insel zu beeinflussen.

Das außenpolitische Gerangel und die propagandistischen Gefechte zwischen beiden Seiten im Jahr der Schlange haben jedoch die Weiterentwicklung der chinesisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen nicht verhindern können. Den neuesten statistischen Berichten zufolge betrug der "indirek-

te" bilaterale Handel über Hongkong in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres 20.495 Mio.HK\$ (rd. 7,8 HK\$ = 1 US\$), davon entfielen 17.084 Mio.HK\$ auf Taiwans Exporte nach und 3.411 Mio.HK\$ auf Taiwans Importe aus dem chinesischen Festland, 46,57% bzw. 27,6% höher als im gleichen Zeitraum vor einem Jahr. (DGB, 4.2.90) Für das gesamte Jahr wurde ein Wertvolumen von 23.400 Mio.HK\$ geschätzt. (LHB, 1.2.90) Ferner haben 541.000 Bürger von Taiwan 1989 das chinesische Festland besucht, ein Zuwachs von 23,6% gegenüber dem Vorjahr; die Gesamtzahl der Chinabesucher ist im gleichen Zeitraum um 22,7% gefallen. Damit stellt Taiwan hinter Hongkong und vor allen anderen Ländern bereits eine der Haupteinnahmequellen des Tourismus auf dem chinesischen Festland dar. (LHB, 3.2.90)

3. Wirtschaft

Am 15.Juli 1989 kletterte die Bevölkerungszahl zum erstenmal über die Grenze von 20 Mio., Ende November betrug sie über 20,1 Mio. Während die Bevölkerungszuwachsrate für das ganze Jahr bei etwa 1,11% lag, hatte die Wirtschaft beim Bruttosozialprodukt (BSP) ein offiziell geschätztes reales Wachstum von 7,2% zu verzeichnen. Somit stieg das Pro-Kopf-BSP von 6.333 US\$ im Jahre 1988 auf 7.518 US\$ im Jahre 1989. Der durchschnittliche Monatslohn in der Herstellungsindustrie betrug im September 18.897 NT\$ (rd. 738 US\$), 11,71% höher als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote belief sich im November auf 1,45% (im Vorjahresmonat auf 1,48%). Die Zahl der offenen Stellen 1989 lag mit 478.000 2,85fach höher als die der Arbeitssuchenden mit 168.000. Der Mangel an Arbeitskräften hat sich trotz der zunehmenden Erwerbstätigen nicht vermindert.

Aufgrund des anhaltenden Arbeitskräftemangels, der Lohnsteigerungen, der Aufwertung des Neuen Taiwan-Dollars, der Importliberalisierung, des Drucks zunehmender Umweltschutzbewegung und der schwerfälligen Reform des veralteten Finanzwesens in den vergangenen Jahren ist die Investitionstätigkeit weiterhin zurückhaltend. Ende November 1989 lagen bei allen

Geldinstituten mit einem Gesamtdepositenbestand von 5.860 Mrd.NT\$ gegenüber einem Gesamtdarlehensbestand von 4.050 Mrd.NT\$ noch immer Gelder in Höhe von 1.810 Mrd.NT\$ brach, im Vorjahresmonat waren es 1.912 Mrd.NT\$ gewesen. Das Bruttosparvermögen betrug nach offiziellen Schätzungen des Statistik- und Budgetamts 1989 1.229,6 Mrd.NT\$, 41,8% mehr als die Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) mit 867,3 Mrd.NT\$. Die geschätzten Anlageinvestitionen hatten zu laufenden Preisen mit 838,27 Mrd. NT\$ einen Zuwachs von 15,64% zu verzeichnen, 1988 waren es 16,9%. Während die Regierung und die öffentlichen Unternehmen ihre Anlageinvestitionen mit 174,43 Mrd.NT\$ bzw. 158,32 Mrd.NT\$ um 31,6% bzw. 16% erhöht haben, sind die privaten Anlageinvestitionen mit 505,52 Mrd.NT\$ nur um 10,9% gestiegen.

Nach den statistischen Angaben des Wirtschaftsministeriums waren 1989 insgesamt 53.365 neue Firmen oder Firmen mit Kapitalerhöhung registriert, 9.580 oder 15,21% weniger als vor einem Jahr. Zwar lag die neu eingetragene Kapitalsumme mit insgesamt 658,6 Mrd.NT\$ um 31,81% höher als im Vorjahr, doch die eingetragenen Kapitalvermögen sind nicht unbedingt schon im vollen Umfang direkt oder sofort in Investitionen eingegangen.

Im Gegensatz zu den einheimischen sind die ausländischen Investitionen in Taiwan stark gestiegen (FCJ, 11.1.90). Das Wirtschaftsministerium genehmigte im Berichtsjahr Investitionen von Ausländern und Überseechinesen im Wert von 2,42 Mrd.US\$, dies bedeutet einen Zuwachs von 105% gegenüber dem Vorjahr mit 1,18 Mrd.NT\$ (-16,6% gegenüber 1987). Auch hier ist anzumerken, daß nicht alle genehmigten Investitionen bereits im gleichen Jahr realisiert wurden. Ferner handelte es sich hierbei wie in den zwei Vorjahren zum großen Teil offenbar nicht um wirkliche Wirtschaftsinvestitionen, sondern um Arbitragen in Devisen- oder Börsenspekulationen, da Taiwan seit Mitte Juli 1987 zur Eindämmung des Zustroms "heißer Gelder" aus dem Ausland infolge der ununterbrochenen Aufwertung des NT\$ gegenüber dem US\$ den Kapitalzufluß stark eingeschränkt hat.

Einen noch kräftigeren Zuwachs hatten die Auslandsinvestitionen Taiwans im Berichtsjahr aufzuweisen. Sie lagen nach amtlichen Schätzungen bei 931 Mio.US\$, 325% höher als im Rekordjahr 1988 mit 219 Mio.US\$ (+112,6% gegenüber 1987). Die tatsächliche Summe wird auf noch höher geschätzt, denn in ihr sind nicht die Investitionen auf dem chinesischen Festland, die von der Regierung offiziell nicht erlaubt sind, enthalten und viele Unternehmer auch von sich aus ihre Investitionen im Ausland nicht der Regierung melden, um die Kapitalkontrolle der Behörden zu umgehen. In den letzten Jahren sind nicht nur eine Reihe von arbeitsintensiven Produktionsbetrieben, wie z.B. aus der Textil- und Schuhindustrie, in die lohnkostengünstigeren Nachbarländern abgewandert, sondern auch umweltbelastende Industrien wie die Chemie suchten aufgrund des Bevölkerungswiderstands für ihre neuen Projekte Standorte im Ausland. So entschloß sich der Konzern Formosa Plastics, für den Bau einer Fabrik 1,3 Mrd.US\$ in Texas/USA zu investieren. In der Presse stand kürzlich zu lesen, daß das einflußreichste Unternehmen Taiwans seit vier Jahren auch geheime Investitionspläne für das chinesische Festland habe. Nach inoffiziellen Schätzungen sollen sich etwa 300 taiwanesischen Firmen für Investitionen in Höhe von 600 Mio.US\$ auf dem chinesischen Festland entschieden haben, wovon die Hälfte bereits realisiert worden sei. In Malaysia und Thailand sowie auf den Philippinen nehmen taiwanesischen Firmen inzwischen schon die führende Position unter allen ausländischen Investoren ein.

Trotz der schleppenden Zunahme der Investitionstätigkeit im eigenen Land stand die Wirtschaftsleistung Taiwans im Berichtsjahr mit dem bereits oben erwähnten Wachstum von 7,2% (7,84% im Vorjahr) weltweit nicht schlecht da. Laut vorliegenden offiziellen Schätzungen ist die Produktion in der Industrie real um 5,22% (4,75% im Vorjahr) und im Dienstleistungssektor um 10,93% (10,73%) gestiegen, während sie in der Landwirtschaft um 0,21% zurückging (Vorjahr: + 0,78%). Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich der Anteil der Dienstleistungsbranche gegenüber dem Vorjahr von 49,29% auf 51,42%, während der Anteil der Industrie von 37,8% auf

35,67% und der Landwirtschaft von 5,02% auf 4,93% sank. Die Gesellschaftsstruktur Taiwans nähert sich somit weiter der eines hochentwickelten Landes.

Im Außenhandel exportierte Taiwan 1989 Waren im Wert von 66.205 Mio.US\$ und importierte im Wert von 52.267 Mio.US\$. Im Vergleich zum Vorjahr verlangsamte sich die Exportzuwachsrate von 13% auf 9,27%, da aber die Importsteigerungsrate drastisch von 42% auf 5,27% zurückging, ist der Handelsbilanzüberschuß entsprechend dem Regierungsplan nicht weiter reduziert, sondern hat von 10.929 Mio.US\$ auf 13.938 Mio.US\$ zugenommen. Die internationale Leistungsbilanz wies in den ersten drei Quartalen 1989 einen Überschuß von 8.278 Mio.US\$ auf, ebenfalls weit höher als im Vergleichszeitraum 1988 mit 6.847 Mio.US\$. Die Devisenreserven der Zentralbank betragen kurz vor Jahresschluß rund 73,4 Mrd.US\$. Zusammen mit dem Fonds für Devisenmarktintervention in Höhe von 4 Mrd.US\$ verfügte die Zentralbank also über ein Devisenvermögen von 77,4 Mrd.US\$, nach Japan mit über 80 Mrd.US\$ das zweitgrößte der Welt. (LHB, 22.12.89) Der Außenwert des Neuen Taiwan-Dollar gegenüber dem US-Dollar stieg zwischen Ende 1988 und Ende 1989 von 28,17:1 auf 26,17:1.

Zur Senkung der seit Anfang des Jahres zunehmenden Inflation drosselte die Zentralbank den Anstieg des Geldumlaufs (M1B) von 26,8% im Januar auf 6,7% im Dezember. Der Reiskontsatz stieg von 4,5% auf 7,7%. Die Verbraucherpreise stiegen 1989 durchschnittlich um 4,4% (1,3% im Vorjahr), während die Großhandelspreise um 0,4% (-1,6%), die Importpreise um 5,4% (-1,1%) und die Exportpreise um 3,7% (-2,7%) sanken.

Die relativ mäßige Inflation und die lustlose Investitionstätigkeit sind auch darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil des flüssigen Geldes außer in Spareinlagen auch auf den Spekulationsmarkt strömten. Der Aktienbörsenindex Taix galoppierte zwischen Anfang 1989 und Ende Januar 1990 (Beginn des chinesischen Jahres des Pferdes) von 4.873,18 auf 12.054,35 Punkte. (CP u. LHB, 1.2.90) Für diesen ungewöhnlichen Aufschwung gibt

es kaum politische oder wirtschaftliche Gründe. Verantwortlich dafür sind die hunderte sogenannter "Untergrundinvestmentfonds", die - illegal - mit unseriös hohen Zinsen oder Dividenden von 4-10% im Monat die Ersparnisse kleiner Leute anziehen und mit diesen Geldern dann in großem Umfang den Aktienkurs von einer Rekordhöhe zur anderen treiben.

Die heißen Spekulationsgeschäfte auf dem Aktienmarkt sind inzwischen nicht nur zu einer Zeitbombe für die Wirtschaft geworden, sondern stellen auch eine gesellschaftliche Krankheit dar. Die Anzahl der Anleger hat bereits rund vier Millionen erreicht (Xinxinwen, Teipei, 15.-21.1.90, S.22), d.h. ein Fünftel der 20 Mio. Einwohner der Insel. Die Verführung des leicht verdienten großen Geldes läßt viele Hausfrauen, Angestellten und Beamten sich nicht mehr auf ihre normale Arbeit konzentrieren, auch nicht wenige Unternehmer setzen ihre verfügbaren Gelder statt in betrieblichen Investitionen in Börsenspekulationen ein. Es herrscht auf der ganzen Insel eine Art von Kasinoatmosphäre.

Eigentlich wurde im Juli 1989 ein neues Bankgesetz vom Gesetzgebungsyuan verabschiedet, das die Gründung privater Banken ermöglicht (bislang sind alle Banken in öffentlicher Hand) und hohe Strafen für die Annahme von Geldanlagen bei Nichtbankinstituten vorsieht. Damit sollten einerseits die legitimen Investitionskanäle durch Liberalisierung des Bankwesens ausgebaut und andererseits die illegalen Geldgeschäfte der Untergrundinvestmentfirmen beendet werden. Doch aus Angst vor einer großen Krise auf dem Finanzmarkt und im Hinblick auf die von Dezember 1989 bis März 1990 stattfindenden Serie von Wahlen zögert die Regierung mit der Ergreifung scharfer Maßnahmen gegen die illegalen Spekulanten. Außerdem ist bei einer schwerfälligen Bürokratie mit ihrem traditionellen Dirigismus eine Liberalisierung des Finanzsystems nicht so leicht durchzusetzen.

Neben dem Aktienkurs wurden im Berichtsjahr auch die Immobilienpreise durch Spekulationen stark in die Höhe getrieben. Am 26. August 1989 fanden in den Großstädten sogenannte "Sleep-Out"-Großdemonstrationen der

Nichtwohneigentumbesitzenden gegen die explosionsartigen Preissteigerungen bei Grundstücken und Wohnungsbau statt. Die Baupreise haben sich nach Regierungsangaben zwischen 1986 und 1988 um das 3,5-fache erhöht, obwohl der allgemeine Einzelhandelspreisindex im gleichen Zeitraum nur um 1,04% stieg und der Großhandelspreisindex sogar um 4,76% sank. Hingegen stieg das Pro-Kopf-Einkommen in den drei Jahren nur um 19,42%, damit sind den meisten Lohn- und Gehaltsempfängern die Immobilienpreise in Großstädten unerschwinglich geworden. (ZYRB, 22., 27.8.89; LHB, 26.8.89) Die Wohneigentumsquote fiel 1987-1988 von 78,56% auf 77,76%. (Taiwan Gonglunbao, Temple City/USA, 2.11.89)

Die Einkommensschere zwischen Arm und Reich hat sich durch den Spekulationsboom weiter vergrößert. 1988 stieg nach Regierungsangaben das Durchschnittseinkommen pro Haushalt der reichsten Schicht (oberste Gruppe von 20% aller Haushalte) um 12,63%, das der ärmsten Schicht (unterste Gruppe von 20% aller Haushalte) um 8,9%. Der Gini-Koeffizient stieg 1987-88 vom 4,69-fachen auf das 4,85-fache. Durch die Hochkonjunktur auf dem Spekulationsmarkt 1989 soll die Differenz zwischen Arm und Reich inzwischen noch weiter zugenommen haben.

Anmerkungen

Die im Text zitierten statistischen Wirtschaftsdaten sind, soweit nicht mit Quellenangaben versehen, entnommen aus:

- 1) *Domestic & Foreign Express Report of Economic Statistics Indicators*, Department of Statistics, Ministry of Economic Affairs, Taipei, Jan. 1990 (Chin.).
- 2) *Quarterly National Economic Trends Taiwan Area, the Republic of China*, Directorate-general of Budget, Accounting and Statistics, Executive Yuan, Republic of China, Taipei, Nov. 1989 (Chin.).
- 3) *Monthly Statistics of the Republic of China*, Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics, Executive Yuan, Republic of China, Taipei, Nov. 1989 (Chin. u. Englisch).
- 4) *Financial Statistics Monthly Taiwan District, the Republic of China*, Economic Research Department, the Central Bank of China, Taipei, Dec. 1989 (Chin. u. Engl.).